

Einblicke. Steuern, Erbrecht, Restrukturierung

Die wichtigsten Entwicklungen des Monats – kurz eingeordnet. Jeder Beitrag ausführlich online: Überschrift anklicken.

Liebe Mandantinnen und Mandanten,

im August hat das Bundeskabinett das Jahressteuergesetz 2026 beschlossen. Beim geerbten Familienheim zeigt der BFH gleich zweimal Augenmaß – beim Umfang der Befreiung und bei der Frist für den Einzug. Für Geschäftsführer in der Krise wichtig: Ein Insolvenzantrag kann bis zur Eröffnung zurückgenommen werden, auch durch einen Mitgeschäftsführer.

Adina-Julia Schröder · Norbert Schröder

AUF EINEN BLICK

- Kabinett beschließt Jahressteuergesetz 2026
- Familienheim: Garten und Zuweg sind mitbefreit
- Familienheim: Sechs-Monats-Frist für den Einzug ist nicht starr
- Insolvenzantrag: Rücknahme durch Mitgeschäftsführer möglich

1 Steuern

GESETZGEBUNG

Kabinett beschließt Jahressteuergesetz 2026

Der Regierungsentwurf vom 12. August sieht u. a. vor: Erstattung statt Freistellung der Kapitalertragsteuer für ausländische Anteilseigner ab 10 % Beteiligung, elektronische Bekanntgabe von Steuerbescheiden ab 2027, eine Ausweitung der Forschungszulage sowie eine Anhebung der Steuerzinsen von 1,8 % auf 3,6 % pro Jahr ab 2027.

BMF, Pressemitteilung v. 12. 8. 2026

UMWANDLUNG

EuGH soll 5 %-Pauschale auf Übernahmegewinne prüfen

Der BFH hat den EuGH gefragt, ob die pauschale Hinzurechnung von 5 % nicht abziehbarer Betriebsausgaben auf Übernahmegewinne bei Verschmelzungen mit der EU-Fusionsrichtlinie vereinbar ist. Betroffene Bescheide sollten bis zur Entscheidung offengehalten werden.

BFH, Beschluss v. 20. 5. 2026 – X R 27/22, veröffentlicht am 6. 8. 2026

GEWERBESTEUER

Ausscheidender Gesellschafter: Verlustvortrag geht verloren

Scheidet ein Mitunternehmer aus einer Personengesellschaft aus, entfällt der auf ihn entfallende gewerbesteuerliche Verlustvortrag. Das gilt auch beim Übergang im Erbfall: Den Nachfolgern fehlt die Unternehmeridentität. Nachfolge und Gesellschafterwechsel sollten daher auch gewerbesteuerlich geplant werden.

BFH, Urteil v. 10. 6. 2026 – IV R 14/24, veröffentlicht am 20. 8. 2026

UMSATZSTEUER

Freiberufler mit freiwilliger Bilanzierung: keine Ist-Versteuerung

Wer als Freiberufler freiwillig Bücher führt und bilanziert, kann die Ist-Versteuerung nicht auf die Freiberufler-Regel (§ 20 Satz 1 Nr. 3 UStG) stützen; möglich bleibt sie nur bis zur allgemeinen Umsatzgrenze. Die Wahl der Gewinnermittlung wirkt sich damit unmittelbar auf die Liquidität bei der Umsatzsteuer aus.

BFH, Urteil v. 16. 4. 2026 – V R 16/24, veröffentlicht am 27. 8. 2026

2 Erbrecht & Nachfolge

ERBSCHAFTSTEUER

Familienheim: Befreiung erfasst auch Garten und Zuweg

Für die Befreiung des Familienheims ist das Grundstück bewertungsrechtlich zu verstehen: Gehören Garten- und Wegeflurstücke zur selben wirtschaftlichen Einheit, sind sie mitbefreit. Einwände sind bereits gegen den Feststellungsbescheid zu erheben.

BFH, Urteil v. 17. 6. 2026 – II R 27/23, veröffentlicht am 13. 8. 2026

ERBSCHAFTSTEUER

Erbfallkostenpauschale auch für Vermächtnisnehmer

Auch Vermächtnisnehmer können die Pauschale für Erbfallkosten in Anspruch nehmen. Ist nur ein Erwerber unbeschränkt steuerpflichtig, wird die Pauschale nicht auf die übrigen Beteiligten aufgeteilt, sondern steht ihm in voller Höhe zu.

BFH, Urteil v. 17. 6. 2026 – II R 25/23, veröffentlicht am 20. 8. 2026

FAMILIENHEIM

Einzug ins geerbte Familienheim: Sechs Monate sind keine starre Grenze

Die Befreiung setzt voraus, dass der Erbe das Familienheim unverzüglich zur Selbstnutzung bestimmt. Die Sechs-Monats-Frist ist nach dem BFH nicht starr – im Streitfall war ein sanierungsbedingter Einzug nach rund zwei Jahren unschädlich. Verzögerungen sorgfältig dokumentieren.

BFH, Beschluss v. 27. 5. 2026 – II B 41/25, veröffentlicht am 27. 8. 2026

BEWERTUNG

Grundstücksschenkung: Bodenwert nach zulässiger Bebauung

Weicht die Geschossflächenzahl eines Grundstücks vom Bodenrichtwertgrundstück ab, ist der Bodenwert für die Schenkungsteuer mit Umrechnungskoeffizienten anzupassen. Maßgeblich ist die rechtlich zulässige, nicht die tatsächlich vorhandene Bebauung – ein Ansatzpunkt, Bewertungen kritisch zu prüfen.

BFH, Urteil v. 17. 6. 2026 – II R 7/24, veröffentlicht am 20. 8. 2026

3 Restrukturierung & Insolvenz

INSOLVENZ & STEUERN

Lange Insolvenz: Zwischenveranlagungen sind endgültig

Dauert die Abwicklung oder Insolvenz einer Kapitalgesellschaft länger als drei Jahre, sind die Zwischenveranlagungen nach § 11 KStG endgültig. Die Mindestbesteuerung gilt auch hier und ist verfassungsgemäß. Gewinne und Verlustvorträge daher periodengerecht planen.

BFH, Urteil v. 15. 4. 2026 – I R 21/25, veröffentlicht am 13. 8. 2026

PRAXIS

Krisenfrüherkennung ist Pflicht

Geschäftsleiter müssen bestandsgefährdende Entwicklungen fortlaufend überwachen und gegensteuern (§ 1 StaUG). Das gelingt nur mit einer rollierenden Liquiditätsplanung über 24 Monate – dem Prognosezeitraum der drohenden Zahlungsunfähigkeit, ab der eine Sanierung außerhalb der Insolvenz möglich ist.

§ 1, § 29 StaUG; § 18 Abs. 2 InsO

INSOLVENZANTRAG

Insolvenzantrag: Mitgeschäftsführer kann ihn zurücknehmen

Ein Eigenantrag kann bis zur Eröffnung zurückgenommen werden, bei einer GmbH auch durch einen anderen vertretungsberechtigten Geschäftsführer. Unwirksam ist die Rücknahme aber, wenn die Gesellschaft tatsächlich zahlungsunfähig oder überschuldet ist.

BGH, Beschluss v. 25. 6. 2026 – IX ZB 6/24

Termine und Fristen im September

- 10. 9.** USt-Voranmeldung, Lohnsteuer; Vorauszahlungen ESt und KSt
- 14. 9.** Ende der Zahlungsschonfrist (13. 9. ist ein Sonntag)

Aktuelle Insolvenzzahlen: schroeer.law/insolvenzzahlen